

Entwicklungspolitisches Netzwerk Sachsen e.V.

ENS • Kreuzstraße 7 • 01067 Dresden

Sächsisches Ministerium für Umwelt und Landwirtschaft
Archivstraße 1

01097 Dresden

Andreas Roth

Kreuzstraße 7 01067 Dresden

Tel (03 51) 4 92 33 64
Fax (03 51) 4 92 33 60

www.einewelt-sachsen.de

Bank für Sozialwirtschaft
Kto-Nr. 35 89 400
BLZ 850 20 500

IBAN: DE03850205000003589400
BIC: BFSWDE33DRE

Amtsgericht Dresden VR 2802
Steuernummer 203/141/14222

Dresden, 13.02.2019

Stand.Punkt

des Entwicklungspolitischen Netzwerks Sachsen e.V. zur Sächsischen Nachhaltigkeitsstrategie 2018

Das Entwicklungspolitische Netzwerk Sachsen ist ein Zusammenschluss von 60 Vereinen, Gruppen und Initiativen, die sich für zukunftsfähige Entwicklung und weltweite Gerechtigkeit einsetzen. Das Netzwerk ist eine Plattform entwicklungs- und umweltpolitischer ebenso wie interkultureller Initiativen in Sachsen. Die Themen des Entwicklungspolitischen Netzwerk Sachsen reichen vom Fairen Handel über Bildung für Nachhaltige Entwicklung bis Entwicklungszusammenarbeit. Zu den Themen >Wirtschaft und Menschenrechte< ebenso wie >Migration und Eine Welt< unterhält des ENS eigene Fachreferate.

Das Entwicklungspolitische Netzwerk Sachsen begrüßt die Erweiterung der Sächsischen Nachhaltigkeitsstrategie von 2013 um das Kapitel „Nachhaltiger Konsum und Produktion“ ebenso wie die zwei neuen Handlungsfelder „Kulturelle Vielfalt, gesellschaftlicher Zusammenhalt und Chancengerechtigkeit“ sowie „Internationale Beziehungen und Entwicklungszusammenarbeit“.

Kulturelle Vielfalt und Internationale Beziehungen

Wir begrüßen das Bekenntnis der Freistaats Sachsen zu kultureller Vielfalt und dass der „Freistaat allen hier lebenden Menschen eine gute Heimat sein soll.“ Dazu sind – wie richtig angemerkt – interkulturelle Kompetenzen und „kulturelle Bildung [als] zentraler Bestandteil einer umfassenden Persönlichkeitsbildung“ nötig.

Bedauerlicherweise adressiert das Kapitel lediglich die Migrant*innen als diejenigen, die unsere Sprache erlernen und sich integrieren sollen. Die erwähnte (inter-)kulturelle Kompetenz in der sächsischen Bevölkerung oder Verwaltung werden nur unzureichend als Ziele und Herausforderungen beschrieben und schon gar nicht mit Indikatoren untersetzt.

Unseres Erachtens kann gesellschaftlicher Zusammenhalt nicht durch Zuwanderung beeinträchtigt werden. Eine selbstbewusste und lebendige demokratische Gesellschaft mit leistungsstarken Verwaltungsstrukturen stellt sich den Herausforderungen der Migration und kann sich für neu



hinzukommende Menschen interessieren und begeistern. Andernfalls **spiegelt der Umgang mit Migration nur die Defizite in der eigenen gesellschaftlichen Entwicklung.**

Hinsichtlich des Kapitels „Internationale Beziehungen und Entwicklungszusammenarbeit“ **begrüßen wir es, dass sich der Freistaat in der globalisierten Welt verortet** und sich der „internationalen Verantwortung stellt, Länder mit Entwicklungsbedarf im Rahmen seiner Möglichkeiten dabei zu unterstützen, die Lebensumstände vor Ort langfristig zu verbessern.“ **Unzureichend bleibt leider die Analyse, woher das vermeintliche Entwicklungsgefälle kommt.** „Unterschiedliche Wohlstandsniveaus, ungünstige Entwicklungsperspektiven und besorgniserregende politische Bedingungen“ sind u. a. auch die Folge subventionierter EU-Agrar-Exporte, unfairer Handelsbeziehungen, einem großen und rücksichtslosen Rohstoffhunger und der Geschichte der Kolonialisierung.

„Kohärente Entwicklungszusammenarbeit“ und „gleichberechtigte Zusammenarbeit“ bezieht unseres Erachtens daher zuerst die Ausgestaltung der eigenen Handels- und Einkaufspolitik mit ein. Eine darüber hinaus gleichberechtigte Zusammenarbeit sollte dann schließlich nicht nur "die Menschen in diesen Regionen" befähigen, eine positive Entwicklungsperspektive zu schaffen. Vielmehr sollte in Partnerschaften das schon vorhandene Engagement in allen Teilen der Welt – eben auch "in diesen Regionen" – gestärkt und unterstützt werden und gleichzeitig auch die Potentiale in Sachsen für eine gerechtere Welt und Politik vergrößern. Von den Herausforderungen der Menschen im Globalen Süden¹ können auch Menschen hier im Norden lernen, u. a. vom Umgang mit Geflüchteten wie im Libanon oder Uganda oder der Anpassung an den Klimawandel.

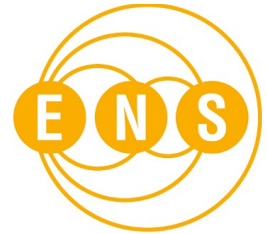
Die auf Seite 89 beschriebenen Herausforderungen und Ziele wie Entwicklungspolitische Bildungsarbeit oder Vernetzung und Zusammenarbeit von Akteuren sind eher Maßnahmen als Ziele, und das ohne dass Adressaten benannt sind. Langfristige Strategien und Handlungsschwerpunkte wie im Bereich Europapolitik sind ausbaufähig.

Wirtschaft und Menschenrechte

Globalisierung ist immer auch die Globalisierung der anderen. Der Freistaat Sachsen ist nicht nur in die Globalisierung eingebunden, sondern selbst Akteur der Globalisierung. Neben Exportfragen und „Anforderungen internationaler Handels- und Arbeitsmärkte, um sich konkurrenzfähig auf diesen Märkten zu behaupten“, **sollte auch der Freistaat seiner Verantwortung gerecht und im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte aktiv werden.** Das betrifft unternehmerische Sorgfaltspflicht sächsischer Unternehmen in globalen Produktionsketten, faire Handelsbeziehungen und die Verantwortung staatlicher Institutionen für die Einhaltung von Menschen- und Arbeitsrechten.

Schließlich unterstützen wir die Ansicht der sächsischen Staatsregierung: „Damit Globalisierung und Nachhaltigkeit im Einklang stehen, ist die Weltgemeinschaft gefordert, denn hohe Umwelt- und Sozialstandards müssen genauso international gefördert werden wie etwa der weltweite Handel mit umweltfreundlichen Technologien.“ Richtig ist auch, dass „die sächsische Wirtschaft maßgeblich in globale Wertschöpfungs- und Lieferketten eingebunden ist und über Durchgriffs- und Kontrollrechte bei Zulieferern und Unterauftragnehmern auch Verantwortung für nachhaltige Produktionsprozesse der gesamten Kette in Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern übernehmen kann.“

¹ Die Bezeichnung „hilfsbedürftige Entwicklungsländer“ rekurriert auf eurozentristische und einseitige „Entwicklungs“-definitionen, siehe „Entwicklung und Entwicklungspolitik“ in [„Entwicklungsland Sachsen“](#).



Wir fragen uns, welche konkreten Maßnahmen die Staatsregierung diesbezüglich explizit ergreifen möchte. Das Entwicklungspolitische Netzwerk Sachsen sieht diesbezüglich folgende Handlungsmöglichkeiten:

- ein **modernes Vergabegesetz**, das den Einkauf des Freistaates und der sächsischen Kommunen an Menschenrechten und ökologischen Kriterien ausrichtet.
- die Vergabe von **Investitionen, Geldanlagen und Fördermitteln** des Freistaates an die Einhaltung von Menschenrechten und ökologischen Kriterien zu binden wie die ILO-Kernarbeitsnormen sowie an Zertifikate und Siegel, die eine soziale und umweltgerechte Produktion unabhängig nachweisen.
- die verpflichtende Erstellung von **Gemeinwohl-Bilanzen** für alle Unternehmen mit unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen des Landes und die Ausrichtung der jeweiligen Unternehmensstrategien an ihr, wie es beispielhaft in Baden-Württemberg umgesetzt wird.